

Bundesrat

Drucksache 667/16/95

14.12.95

Antrag

des Freistaates Bayern

Entschließung des Bundesrates "Forderungen der Länder zur Regierungskonferenz 1996"

- Antrag der Länder Bayern, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz -

Punkt 20 der 692. Sitzung des Bundesrates am 15. Dezember 1995

Der Bundesrat möge beschließen:

In Teil A am Ende des 2. Absatzes werden folgende zusätzliche Sätze eingefügt:

"Die Länder betrachten mit Sorge, daß die Belastungen Deutschlands im geltenden EU-Finanzsystem das wohlstandsadäquate Maß erheblich und mit steigender Tendenz überschreiten. Die Länder halten die Aufnahme von Verhandlungen über die Neuordnung der Gemeinschaftsfinanzen noch im Jahre 1996 für notwendig, damit diese mit Ablauf des Jahres 1999 wirksam werden können. Dies ist gerade auch im Hinblick auf den anstehenden Beitritt mittel- und osteuropäischer Staaten notwendig. Denkbar wäre, daß der Europäische Rat zu Beginn der Regierungskonferenz 1996 die Finanzminister der Mitgliedstaaten beauftragt, gemeinsam mit der Kommission rechtzeitig eine gerechte finanzielle Lastenverteilung vorzuschlagen."

...

Ausgeliefert am 14. DEZ. 1995

667/16/95

- 2 -

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Gerade im Hinblick auf den anstehenden Beitritt neuer Mitgliedstaaten ist eine rechtzeitige Ausarbeitung eines gerechteren EU-Finanzsystems dringend erforderlich. Diese Arbeiten sollten nicht auf der Regierungskonferenz 1996 selbst vorgenommen werden, mit ihrem Beginn kann aber auch nicht bis zum Abschluß der Regierungskonferenz 1996 gewartet werden, da der verbleibende Zeitraum für die Ausarbeitung und Ratifizierung eines neuen Eigenmittelbeschlusses zu knapp würde.